



## CDU Fraktion im Gemeinderat Eisingen

### Stellungnahme der CDU Gemeinderatsfraktion zum Haushaltsplan 2023

Wer auf das gegenwärtige Deutschland einen Blick aus wirtschaftlicher und fiskalischer Perspektive wirft, kann leicht den Eindruck gewinnen, dass der einst von Ludwig Erhard ausgegebene Leitsatz "*Wohlstand für alle*" in "*Armut für alle*" umgedreht wurde. Dies hat auch seine Auswirkungen regional und in der Gemeinde.

So meldete bereits der Pforzheimer Kurier im November 2022, dass sich staatliche Transferleistungen, sprich Sozialleistungen, in den letzten 11 Jahren mehr als verdoppelt haben. Allein vom 2022 auf 2023 wird eine Steigerung um 21 Mio. Euro auf dann 142 Mio. Euro erwartet. Hauptsächlich wegen solcher Positionen ist der Haushalt des Enzkreises im dritten Jahr in Folge nicht ausgeglichen, Kreditaufnahme für das laufende Geschäft - was in der Regel mit den Grundsätzen einer geordneten Haushaltsführung nicht zu vereinbaren ist - und eine Steigerung der Kreisumlage sind die Folgen.

Unabhängig von der Kreisumlage werden auch für diese Kosten die steuerzahlenden Eisinger direkt oder indirekt aufkommen müssen.

Dabei steht das "Loch" im Haushalt des Enzkreises symptomatisch für das Finanzgebaren der Öffentlichen Hand, "des Staates" insgesamt in Deutschland, dessen negative Auswirkungen natürlich auch in den Gemeinden spürbar sind und auch bei den Bürgern, vor allem bei denen, die durch ihre Arbeitsleistung und Steueraufkommen das Gemeinwesen finanzieren.

Ein Wille zur Änderung scheint bei Bund und Land indes nicht in Sicht, im Gegenteil:

Stand heute, 15.03.2023, teilt der Bund der Steuerzahler mit, dass die Bundesregierung 30.000 weitere Regierungsbeschäftigte einstellen will, was zu Mehrkosten von 50 Mio. Euro pro Jahr führen wird. Mehr Personal im Apparat der Bundesregierung wird für Bürgerinnen und Bürger aber kaum bessere Ergebnisse erwarten lassen. Eher wird es ihre Aufgabe sein, noch mehr bevormundende Bürokratie zu schaffen und das Versagen des Staates in seinen Kernaufgaben schön zu reden.

Für die Gemeinden, auch in Eisingen, wird das etwa spürbar, wenn mit viel Aufwand unsinnige Steuer- oder ähnliche Regelungen umzusetzen sind, die von EU- oder anderer Ebene übergestülpt wurden.

Auch das Versprechen der Politik, dass *„sich sowas nicht wiederholen wird“* aus der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/2016 wurde nicht nur nicht eingehalten; sondern spätestens seit Sommer/Herbst 2022 und gegenwärtig findet sogar noch in stärkerem Maße eine unkontrollierte Zuwanderung als damals statt. Und dies liegt nicht hauptsächlich an Flüchtlingen aus der Ukraine.

Im vergangenen Jahr hat die CDU Fraktion an dieser Stelle die Finanzsituation Eisingens als „solide aufgestellt“ bezeichnet“, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass wir auch herausfordernde Aufgaben und Projekte vor uns haben werden, die einen finanziellen Aufwand bedeuten.

Gerade im Blick auf die bevorstehenden finanziellen Herausforderungen konnte die Abwicklung nicht jedes Projekts im abgelaufenen Haushaltsjahr unsere Zustimmung finden.

Hier ist beispielhaft der Parkplatz neben dem Rathaus zu nennen. Im Blick auf die Finanzsituation haben wir mehrfach die Nichtumsetzung dieses Projekts gefordert, was uns teilweise heftige und lautstarke Kritik im Gemeinderat eingebracht hat.

Ernüchternd war dann für alle das Ergebnis nach Fertigstellung der wenigen Parkplätze, der eben nicht – wie von allen erwartet – eine feste Oberfläche, sondern auch wieder nur eine Art Schotter aufweist, obwohl die Kosten bei rund 150.000 Euro lagen.

Ebenso haben wir dem Kauf des ehemaligen Volksbankgebäudes in Stein („Forsthaus“) nicht zugestimmt. Obwohl keine Zeitnot oder irgend ein sonstiger Grund zu übereilem Handeln bestand, wurde hier in aller Schnelle für den Gemeindeverwaltungsverband (GVV) ein denkmalgeschütztes Gebäude erworben, ohne dass hinreichend aussagekräftig-belastbare Zahlen zum Gebäudezustand und insbesondere zu den zu erwartenden Folgekosten vorlagen. Letztere liegen bis heute noch nicht vor. Keine Privatperson würde auf diese Art eine Immobilie erwerben; praktisch ohne gesichertes Wissen, was er überhaupt kauft und worauf er sich einlässt.

Besonders ärgerlich: der Kauf des GVV-Gebäudes, der nur der Verwaltung selbst aber nicht den Bürgerinnen und Bürgern nutzt, wurde in Windeseile beschlossen, während die Erweiterung Bildungszentrum, deren Mehrkosten – gemessen am Verhältnis der Gesamtkosten - sich im selben Rahmen bewegten, letztlich um Jahre verzögert wurde.

Wenn sich das ehemalige Volksbank-Gebäude nun schon im Besitz des Verwaltungsverbandes befindet, sollte zumindest ernsthaft überlegt werden, welche Aufgaben dort künftig vom GVV erledigt werden können und ob ggf. auch Personal aus den Rathäusern der GVV-Mitgliedsgemeinden dort untergebracht werden kann, um Einsparungen an personellen und räumlichen Ressourcen zu erreichen.

Für das Jahr 2023 befürworten wir den notwendigen Modulbau Kindertagesstätte, auch wenn wir uns gewünscht hätten, dass früher bemerkt worden wäre, dass der Bereich „Gässle“ dafür nicht geeignet ist. Durch erforderliches neues Personal wird sich der Personalaufwand in KiTA und Hort um rund 58% steigern: auch das wird im Haushalt erbracht werden müssen; von knapp 900.000 Euro auch rund 1, 2 Mio. Euro.

Bei der Gemeinde insgesamt (ohne Wasserversorgung) wird der Personalaufwand um fast 25% steigen in Zahlen: von fast 2,3 Mio. auf 2,85 Mio. Euro. Auch dies nicht unerheblich, da das Personal einen der größten Posten der (laufenden) Ausgaben ausmacht.

Auch die mit der Sanierung der Ortsdurchfahrt verbundenen Gemeindeprojekte (Stichwort: Wasser) befürworten wir, bedeutet aber ebenfalls einen finanziellen Aufwand; vorausgesetzt dass es 2023 seitens der zuständigen Landesbehörden nun endlich zur Umsetzung kommt.

Ebenso freut es uns, dass für das auf private Initiative ins Leben gerufene und durch großen ehrenamtlichen Einsatz betriebene Heimatarchiv Mittel im Haushalt eingestellt werden.

Sorge macht uns allerdings die Entwicklung beim Personal wo, nicht nur im Bereich Erziehung und Kita, immer mehr aufgestockt wird. Diese Entwicklung kann unseres Erachtens nicht grenzenlos weitergehen; auch wenn wir wissen, dass vieles was durch die Gemeinde zu erledigen ist, von Land oder Bund – ohne Einflussmöglichkeit - übergestülpt wird. Doch mehr Personal einstellen, kann nicht eines der ersten Mittel sein. Bevor der Personalsockel angehoben wird, sollte überlegt werden, wie wir beispielsweise Möglichkeiten durch den Gemeindeverwaltungsverband (s. o.) nutzen können. Bei immer neuen Zumutungen von Bund und Land müssen Gemeinde und Landkreise überlegen, ob nicht irgendwann eine Schmerzgrenze überschritten ist, bei der Forderungen zurückgewiesen werden müssen. Ähnlich wie Boris Palmer und auch andere es derzeit formulieren, ist die Rückkehr zu rechtsstaatlichen Verhältnissen mit Zuwanderungsbegrenzung und verbindlichen Regelungen erforderlich.

Wir begrüßen es, dass die Hebesätze bei Gewerbe- und Grundsteuer nicht erhöht werden. Falls die Grundsteuer – zumal es sich um eine Steuer auf Substanz und nicht auf Erträge handelt – keiner Enteignung gleichkommen soll, ist hier im nächsten Jahr eine deutliche Senkung der Hebesätze erforderlich.

Wenn die Grundsteuerreform, wie etwa in Freiburg oder in anderen Gemeinden, zu faktischen Steuererhöhungen von 2000% oder mehr führt, hat das nichts mit „Gerechtigkeit“ zu tun, zu der die Reform laut Bundesverfassungsgericht führen sollte, sondern mit planwirtschaftlicher Enteignung.

Obwohl wir vieles, was die Gemeinde 2023 vorhat, unterstützen und zum Teil mitinitiiert haben, können und wollen wir den Weg nicht mitgehen, dass auf anstehende Probleme und neue Aufgaben mit einer deutlichen Aufstockung des Personals reagiert wird. Dies ist unserer Meinung nach gegenwärtig nicht vermittelbar, da besonders seit dem vergangenen Jahr Kostensteigerungen bei Energie und in anderen Bereichen viele Bürgerinnen und Bürger vor immer größere Probleme stellen. Und diese in aller Regel nicht die Möglichkeit haben, ihre Einnahmen zu erhöhen. Hier ist es unserer Meinung nach Aufgabe – nicht nur der Gemeinde – auch andere Lösungen zu finden.

Deswegen wird die CDU-Fraktion den Haushaltsplan 2023 ablehnen und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung zustimmen.

Die Verabschiedung des Haushalts nehmen wir zugleich zum Anlass, uns bei unserer Kämmerin Frau Rückriem für das fachmännische Führen unserer Gemeindefinanzen und die Vorlage des Haushaltsplans 2023 zu bedanken. Danke sagen wir auch dem gesamten Team der Gemeindeverwaltung und allen Beschäftigten der Gemeinde. Ein besonderer Dank auch an Herrn Bürgermeister Hottinger, besonders für seinen Einsatz für die Kindertagesstätte. Dank unseren Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat von den Fraktionen der Freien Wähler Vereinigung Eisingen und Gemeinsam für Eisingen für die konstruktive Zusammenarbeit und – teils – auch für kritische Auseinandersetzungen.

Dank vor allem an alle Bürgerinnen und Bürger sowie an die Gewerbetreibenden in Eisingen, ohne deren Mittel wir heute über nichts oder nur wenig zu entscheiden hätten.

### **CDU Gemeinderatsfraktion Eisingen**

Christoph Schickle, Reinhard Hauser, Thomas Kunzmann